

Stand: 27.02.2020

1 **Herz statt Hetze: Maßnahmen gegen Rechtsterrorismus intensivieren**

2 Niemals wieder sollen Menschen aufgrund ihres Aussehens oder der Zugehörig-
3 keit zu einer gesellschaftlichen Gruppe ausgegrenzt, angegriffen oder getötet
4 werden. Unsere Geschichte mahnt uns, Muster der Ausgrenzung zu erkennen
5 und ihnen konsequent entgegen zu wirken. Wenn Herkunft, Religion, Hautfarbe,
6 Geschlecht, Behinderung, geschlechtliche oder sexuelle Identität zu verbaler o-
7 der körperlicher Gewalt führen, dann ist das ein Angriff auf unsere Demokratie
8 und damit auf uns alle.

9 In den letzten Jahren ist es der Neuen Rechten gelungen, ihre Aktivitäten in
10 Deutschland massiv auszuweiten. Systematisch und gezielt wurde die Gelegen-
11 heit genutzt und der Zuzug von Geflüchteten zum Anlass genommen, um sich
12 politisch zu organisieren. Nun sitzen rechtsextreme Stichwortgeber in fast allen
13 Parlamenten. Es geht nicht mehr um 'wehret den Anfängen', jetzt geht es auch
14 in Rheinland-Pfalz darum, unsere liberale Demokratie und unsere pluralistische
15 und weltoffene Gesellschaft zu verteidigen. Auf unseren Straßen und im Internet
16 hat sich der Ton verändert. Er ist nicht nur aggressiver und rauer geworden - er
17 ist zum Teil **menschenfeindlich** geworden. Die Würde des Menschen wird immer
18 häufiger und immer hemmungsloser verletzt. Und aus Worten sind Taten gewor-
19 den. Nach Angaben des Bundeskriminalamts sind knapp 80% der im Jahr 2018
20 festgestellten Hasspostings im Netz auf rechtes Gedankengut zurückzuführen
21 und der Verfassungsschutz stuft jeden zweiten der etwa 24.000 Rechtsextremen
22 in Deutschland als gewaltorientiert ein. Der Rechtsterrorismus ist zu einer ernst-
23 haften Gefahr für unsere Gesellschaft geworden. In Deutschland und Rheinland-
24 Pfalz fühlen sich Mitbürger*innen verunsichert, eingeschüchtert und werden in
25 ihrer Lebensweise und ihrer Freiheit bedroht. Sich ungezwungen zu treffen und
26 in der Öffentlichkeit zu bewegen, ist für viele Menschen inzwischen mit Angst
27 und Unsicherheit verbunden.

28 In den letzten Monaten haben wir eine Serie rechtsterroristischer Anschläge er-
29 lebt, die uns erschüttern. Der Mord an dem Regierungspräsident Dr. Walter
30 Lübcke, der Anschlag auf eine Synagoge in Halle und zuletzt gezielt auf Menschen
31 mit Migrationshintergrund in Hanau lassen uns fassungslos und beschämt zu-
32 rück. In Deutschland werden, 75 Jahre nach dem Ende des nationalsozialisti-
33 schen Grauens, wieder Menschen aufgrund ihres politischen oder gesellschaftli-

Stand: 27.02.2020

34 chem Engagements, ihrer Religion oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit angegrif-
35 fen, verletzt und getötet. Wachsende Islamophobie und Antisemitismus erfüllen
36 uns mit großer Sorge.

37 Seitdem wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz Teil der Landesregierung sind, haben wir
38 Präventionsprojekte gegen Rechts ausgebaut und unsere Sicherheitsbehörden
39 im Kampf gegen Rechts gestärkt. Im Bereich der Prävention haben wir das Bera-
40 tungsnetzwerk gegen Rechts besser ausgestattet und eine Stelle zur Opferbera-
41 tung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt eingerich-
42 tet. Diese Beratungsstelle wird durch eine Meldestelle für menschenfeindliche
43 Gewalt ergänzt. Immer mehr Schulen sind „Schule gegen Rassismus – Schule mit
44 Courage“ und die Förderung des Netzwerks für Demokratie und Courage (NDC)
45 für entsprechende Projekttag wurde ausgeweitet.

46 Im Kampf gegen Rechts haben wir durch eine Überarbeitung unseres Polizeige-
47 setzes die rechtliche Grundlage für die Polizeiarbeit gegen Terrorismus und Ext-
48 remismus gestärkt. Ein weiterer wesentlicher Baustein ist die komplette Überar-
49 beitung unseres Landesverfassungsschutzgesetzes. Zukünftig kann der Verfas-
50 sungschutz noch effektiver demokratiefeindliche Bestrebungen, beispielsweise
51 in sozialen Netzwerken oder bei Rechtsrock-Konzerten, überwachen. Gleichzei-
52 tig haben wir die gezielte Kontrolle des Verfassungsschutzes durch das Parla-
53 ment gestärkt.

54 Diese Maßnahmen zeigen insgesamt aber erst auf Dauer ihre Wirkung. Unsere
55 Sicherheitsbehörden waren bei entscheidenden Schlägen gegen die rechte
56 Szene beteiligt. Beispielsweise beim Verbot der sogenannten Hilfsorganisation
57 nationaler Gefangener, beim Schlag gegen Old School Society, Ku-Klux-Klan
58 Deutschland, Combat 18 oder weiterer rechtsterroristischer Verbindungen wie
59 der Anfang Februar aufgedeckten Gruppe S. Diese gezielte Ermittlungsarbeit im
60 Bereich der extremen Rechten muss weiter mit höchster Priorität fortgesetzt
61 werden. Wir müssen aber erkennen: Prävention und konsequentes Handeln von
62 Sicherheitsbehörden können eine gesellschaftliche Polarisierung höchstens ab-
63 mildern, nie aber komplett verhindern. Insbesondere nicht, wenn Demokratief-
64 feinde Themen wie beispielsweise Flucht und Migration gezielt nutzen, um Ver-
65 unsicherung im Netz herbeizuführen und mit Angst Ablehnung und Hass zu schü-
66 ren. Daher müssen wir uns noch intensiver gegen Menschenhass stellen und
67 Strukturen dagegen stärken.

Stand: 27.02.2020

68

69

70 Vor diesem Hintergrund fordern wir:

71 **Prävention bündeln und ausbauen:** Im Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz, das
72 beim Landesjugendamt angesiedelt ist, fließen Prävention sowie mobile Bera-
73 tung gegen Rechts zusammen. Dieses Demokratiezentrum wollen wir personell
74 weiter stärken. Darüber hinaus ist die Jugendsozialarbeit insbesondere in den
75 ländlichen Räumen ein wesentlicher Baustein unserer Präventionsarchitektur.
76 Auf Basis eines Sicherheitsdialogs mit Betroffenen von rechter Gewalt muss de-
77 ren Perspektive in weitere Maßnahmen einfließen. Die mobile Beratungsstelle
78 gegen rechte, rassistische und antisemitische Gewalt (m*power) wollen wir wei-
79 ter stärken.

80 **Kampf gegen Rassismus besonders in den Fokus rücken:** Wir müssen uns stän-
81 dig vergegenwärtigen, in welchem Maß rechte Gewalt und rechte Hetze uns und
82 unsere Gesellschaft bedrohen. Und wo es nötig ist, müssen wir unsere Maßnah-
83 men daran anpassen. Mit Hilfe einer regelmäßigen wissenschaftlichen Untersu-
84 chung müssen Daten zu rassistischen Einstellungsmerkmalen für Rheinland-Pfalz
85 erhoben bzw. landesspezifisch ausgewertet werden. Ein **regelmäßiger Rassis-**
86 **mus-Bericht** an den Landtag und die Öffentlichkeit soll Grundlage dafür sein, um
87 Präventionsmaßnahmen auf wissenschaftlicher Grundlage weiter auszubauen.

88 **Kontinuierliche Prävention:** Prävention wirkt erst auf Dauer – viele Projekte im
89 Kampf gegen Rechts leiden aber an befristeten Finanzierungszusagen, die in den
90 Fördermodalitäten des Bundesprogramms Demokratie Leben begründet sind.
91 Wir fordern daher eine kontinuierliche Finanzierung von Prävention von Seiten
92 des Bundes. Ein Demokratiefördergesetz auf Bundesebene könnte hierfür
93 Grundlage sein. Das Land wird dementsprechend seinen Förderanteil auch lang-
94 fristig ermöglichen und diese Mittel entsprechend ausbauen.

95 **Taskforce „Gewaltaufrufe rechts“ als Vorbild für einen Krisenstab auf Bundes-**
96 **ebene:** In Rheinland-Pfalz wurde infolge des schrecklichen Mordes am Kasseler
97 Politiker Walter Lübcke die Taskforce „Gewaltaufrufe rechts“ eingerichtet. Der
98 Verfassungsschutz, die Polizei und die Justiz kooperieren, um im Netz rechtstext-
99 remistische und rechtsterroristische Netzwerke aufzudecken. Sobald sich eine

Stand: 27.02.2020

100 Gefahr abzeichnet tritt die Polizei mit den gefährdeten Personen in Kontakt, in-
101 formiert sie und stellt ihnen feste Ansprechpartner*innen zur Verfügung. Hass
102 und Hetze im Internet kennen keine Grenzen. Deswegen fordern wir, die rhein-
103 land-pfälzische Taskforce auf Bundesebene zu etablieren, etwa in Form eines Kri-
104 senstabs. Nur so können Personen, die im Visier von Rechtsextremisten stehen,
105 im ganzen Bundesgebiet geschützt und rechte Radikalisierungsprozesse effektiv
106 aufgedeckt werden. Die Maßnahme sollte durch eine Berichtspflicht gegenüber
107 den jeweiligen Parlamentarischen Kontrollgremien flankiert werden.

108 Konsequenz gegen **Rechtsrock-Konzerte und die rechte Kampfsportszene**: Im
109 deutsch-französischen Grenzgebiet finden regelmäßig Rechtsrock-Konzerte
110 statt. Regional ist Rheinland-Pfalz demnach besonders gefordert. Für die Vernet-
111 zung und Finanzierung der extremen Rechten spielen diese Veranstaltungen eine
112 besondere Rolle. Umso wichtiger ist es, dass die Polizei intensiv Hinweise auf
113 mögliche Rechtsrock-Konzerte nachgeht und diese möglichst unterbindet. Der
114 ordnungsbehördliche und polizeiliche Druck gegen diese Veranstaltung muss er-
115 höht werden. Beispielsweise müssen die Finanzströme im Zusammenhang mit
116 Rechtsrock-Konzerten seitens der Finanzämter einer besonderen Prüfung unter-
117 zogen werden. So werden Gelder, die im Zusammenhang mit solchen Veranstal-
118 tungen generiert werden, für die Finanzierung der rechten Szene genutzt.
119 Rechtsrock-Konzerte sind keine singulären Ereignisse, sondern fest in die Struk-
120 turen der extremen Rechten eingebunden. Diese Strukturen zu kennen und Ent-
121 wicklungen zu bewerten, erfordert Expert*innenwissen. Der Blick auf Rechts-
122 rock-Konzerte muss daher professionalisiert werden. Daher wollen wir für diese
123 Aufgaben personelle Kapazitäten im Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz schaf-
124 fen. Rechtsrock-Konzerte und die rechtsextreme Kampfsportveranstaltungen
125 wie der „Kampf der Nibelungen“ haben gemeinsam, dass sie zum Kennenler-
126 nen und Vernetzen genutzt werden. Daher muss auch die Rechtsextremistische
127 Kampfsportszene verstärkt ins Visier vom Verfassungsschutz rücken. Dabei muss
128 unbedingt rechtsextremistischen Bezügen zu Vereinen nachgegangen werden.

129 **Sicherheitsbehörden müssen den neuen Erscheinungsformen der Rechten**
130 **Rechnung tragen**. Das Fehlen von stringenten Organisationsstrukturen ist kein
131 Zeichen dafür, dass es keine Rechtsextremen gibt. Die Neuen Rechten sind in lo-
132 sen Strukturen vernetzt oder sind gar Einzelpersonen, die schwer zu fassen sind.
133 Wie kleine Nadelstiche wirken sie jedoch auf unseren liberalen Rechtsstaat und

Stand: 27.02.2020

134 versuchen diesen zu untergraben. Das Bewusstsein für diese neue Organisati-
135 onsform muss bei der Polizei und dem Verfassungsschutz gestärkt werden. Das
136 Erkennen von rechten Verbindungen jeglicher Art ist wichtig, um das Gefahren-
137 potential aus dem rechtextremen Milieu richtig einschätzen zu können.

138 **Offene Haftbefehle gegen Rechtsextreme weiterhin konsequent vollstrecken:**
139 Im Jahr 2018 gab es in Rheinland-Pfalz so viele nicht vollstreckte Haftbefehle ge-
140 gen Rechte wie noch nie seit Erhebung der Daten. Haftbefehle gegen Rechtsext-
141 reme müssen konsequent vollstreckt werden. Dies ist auch eine der schmerzhaft-
142 en Lehren aus dem NSU.

143 **Schärfere Waffengesetze und -kontrolle:** Zahlreiche Anschläge haben gezeigt:
144 Die extreme Rechte vernetzt sich online und offline, bewaffnet sich und trainiert
145 auch an legal erworbenen Waffen. Das Waffenrecht muss daher dringend ver-
146 schärft werden. Das vor kurzem geänderte Waffengesetz hinkt einer wirksamen
147 Gefahrenvorsorge hinterher. Wir fordern striktere Regeln für Anträge auf Waf-
148 fenerlaubnis und mehr Kontrollen von privaten Waffen- und Munitionsbestän-
149 den. Munition soll künftig nur noch gelagert werden, wo auch geschossen wer-
150 den darf. Der legale Online-Handel mit Waffen muss massiv eingeschränkt wer-
151 den. Darüber hinaus muss gegen den Marktplatz illegaler Waffen im Darknet
152 konsequent vorgegangen werden. Wie das aktuelle Lagebild zur Waffenkrimina-
153 lität vom BKA zeigt ist es immer noch viel zu einfach, illegal an Waffen zu kom-
154 men. Bereits nach geltendem Waffenrecht kann Waffenbesitzern die waffen-
155 rechtliche Erlaubnis entzogen werden, wenn sie Bestrebungen gegen die verfas-
156 sungsmäßige Ordnung verfolgen, Gewalt propagieren oder Mitglied in einer ver-
157 fassungswidrigen Partei oder Organisation sind. Das Urteil des rheinland-pfälzi-
158 schen Obergerverwaltungsgerichts hat bestätigt, dass Reichsbürger auf gar keinen
159 Fall Waffen besitzen dürfen. Daher müssen Rechtsextreme und Reichsbürger
160 konsequent und schnell entwaffnet werden. Bei Personen, die im Netz zu Gewalt
161 aufstacheln oder mit dieser drohen, bestehen erhebliche Bedenken, ob sie die
162 erforderliche Zuverlässigkeit für eine Waffe besitzen. Hier müssen die Kontroll-
163 behörden in einem intensiven Austausch mit Polizei und Verfassungsschutz prü-
164 fen, ob die Waffenerlaubnis zu widerrufen ist.

Stand: 27.02.2020

165 Für die Kontrollen des Waffenbesitzes sind die Kommunen zuständig – hier muss
166 intensiver eine Überprüfung der Bestände erfolgen. Die Kontrolldichte muss er-
167 höht werden und das Land muss Kommunen dafür die entsprechende Unterstüt-
168 zung gewähren. Wir brauchen eine Kontrolloffensive im ganzen Land.

169 **Zivilgesellschaft stärken – Gemeinnützigkeit erhalten:** Mit großer Sorge be-
170 obachten wir, dass wichtigen Organisationen, die sich gegen Hass und Hetze en-
171 gagieren, die Gemeinnützigkeit entzogen wird. Initiativen, die sich gegen Nazi-
172 Aufmärsche und für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit engagieren, müssen
173 um ihre Gemeinnützigkeit durch eine Überprüfung des Finanzamts fürchten. Wir
174 wollen nicht, dass die Gemeinnützigkeit auch bei Initiativen in Rheinland-Pfalz
175 infrage steht. Wir fordern Bundesfinanzminister Olaf Scholz auf, diese Praxis zu
176 überarbeiten. Zu Recht hat die 95-jährige Holocaust-Überlebende Esther Be-
177 jarano dieses Vorgehen in einem verzweifelten Brief an den Bundesfinanzminis-
178 ter scharf kritisiert: „Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus!“

179 **Nährboden von Rechtsterrorismus verhindern:** Inzwischen bestreitet kaum je-
180 mand mehr den Zusammenhang zwischen dem Aufkommen der AfD und der
181 Häufung rechtsextremer Straftaten bis hin zum Rechtsterrorismus. Die Worte
182 der AfD sind der Nährboden für die Taten der gewaltbereiten extremen Rechten.
183 Umso mehr gilt festzustellen: Die AfD ist zwar demokratisch gewählt, ihr Ziel
184 scheint aber die Abschaffung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung
185 – sie ist der parlamentarische Arm des Rechtsterrorismus. Daher ist die AfD bun-
186 desweit ein Fall für den Verfassungsschutz. Auf Grundlage einer Beobachtung
187 durch den Verfassungsschutz wird unter anderem der Entzug des Beamtenstatus
188 einiger AfD-Mitglieder auch in Rheinland-Pfalz zu prüfen sein. Darüber hinaus
189 ebnet die Beobachtung durch den Verfassungsschutz auch den Weg zum Entzug
190 der öffentlichen Parteienfinanzierung.

191 **Eigenverantwortung der Politik:** Wir kommen nicht umhin, selbst kritisch zu re-
192 flektieren, was das Aufkommen der AfD mit Parteien der Mitte gemacht hat.
193 Wenn der Diskurs sich nach rechts verschiebt, dürfen demokratische Parteien
194 nicht hinterherlaufen. Damit werden rechtsextreme Parolen umso mehr salon-
195 fähig. Die GroKo ist auf die Panikmache und die Erzählung der neuen Rechten
196 aufgesprungen, anstatt Kurs zu halten. **Es gilt unbedingt Kurs zu halten und den**
197 **humanen Kompass zu bewahren** – auch wenn Geflüchtete in unserem Land

Stand: 27.02.2020

198 Schutz suchen. Es gilt unmissverständlich Haltung und klare Kante gegen Rechts
199 zu zeigen. Auch und gerade in Tagen wie diesen.